

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1868

19.7.1868 (No. 169)

Karlsruher Zeitung.

Sonntag, 19. Juli.

N. 169.

Vorauszahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl.; durch die Post im Großherzogthum, Briefträgergebühr eingeschlossen, 4 fl. 6 fr. u. 2 fl. 3 fr.
Einrückungsgebühr: die gepaltene Zeile oder deren Raum 5 fr. Briefe und Selber frei.
Expedition: Karl-Friedrichs-Straße Nr. 14, wofür auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1868.

Amtlicher Theil.

Durch höchsten Befehl Seiner königlichen Hoheit des Großherzogs erhält
Premierlieutenant Ferdinand Sander vom Feld-Artillerie-Regiment, Adjutant beim Kommando der Artillerie-Brigade, die unterthänigst nachgesuchte Entlassung aus dem stehenden Heere und wird zum Premierlieutenant der Landwehr-Artillerie beim 7. Landwehr-Bataillon Freiburg, und
Premierlieutenant Karl Weizel vom Feld-Artillerie-Regiment zum Adjutanten beim Kommando der Artillerie-Brigade ernannt;
Hauptmann Theodor Freiherr von Adelsheim vom Armeecorps erhält die unterthänigst nachgesuchte Entlassung aus demselben.

Nicht-Amtlicher Theil.

Telegramme.

† **München**, 18. Juli. Wie die „Südd. Presse“ meldet, hat die italienische Regierung die bayerische zu Verhandlungen behufs Abschluß eines Postvertrags auf Grundlage des zwischen den deutschen Staaten und der Schweiz abgeschlossenen Postvertrags eingeladen.

† **Ess**, 17. Juli. Der König hat heute Mittag eine Deputation des Frankfurter Magistrats, an deren Spitze der Bürgermeister Mumm sich befand, empfangen. Vor seiner Abreise von hier wird sich der König auf einige Tage nach Wiesbaden begeben.

† **Wien**, 17. Juli. In der gemeinsamen Beratung der Direktion und des Ausschusses der Nationalbank über das Verhalten der Bank gegenüber dem Gesetz wegen provisorischer Abänderung der Statuten wurde eine Note an das Finanzministerium beschloffen, worin der Wunsch ausgesprochen wird, daß binnen Jahresfrist ein definitives Uebereinkommen stattfinden, schon vorher jedoch eine Verminderung des Aktienkapitals zugestanden werde, und jede Vereinbarung auch für Ungarn Gesetzeskraft erlange.

† **Wien**, 17. Juli. Der Besther Korrespondent der „Presse“ meldet: Die von der Opposition in der ungarischen Wehrkommission erhobenen Schwierigkeiten gegen das Wehrgesetz seien beseitigt und dessen Annahme nach dem Regierungsentwurf gesichert. Das namentlich bekämpfte Recht des gemeinsamen Kriegesministers zur Einberufung der Landwehr wurde aufrecht erhalten, die besondere ungarische Artillerie und das ungarische Genietorps jedoch fallen gelassen.

† **Wesb**, 17. Juli. Nachm. Fürst Alexander Karageorgievich erklärte heute auf die Vorladung des Belgrader Stadtgerichts dieses für inkompetent.

† **Belgrad**, 17. Juli. Der Bestallungs-Berat für den Fürsten Milan wird in demselben Sinne lauten, wie i. B. der jedes Rumänienfürsten. — Der Unterpräsident von Smediwo ist eingezogen worden.

† **Florenz**, 17. Juli. Die Kommission, das Ministerium und die Tabaks-Pachtgesellschaft sind übereingekommen, daß der Tabaks-Pachtvertrag so lange dauern soll, bis die auszubehenden Obligationen amortisirt sind; der Geschäftsm

n nach Spanien.

(Fortsetzung aus Nr. 168.)

Bei der vorletzten Station, San Andrés de Palomar, einer Stadt von 10,000 Einwohnern, ist ungemein reges Leben; hohe Kamine auf feuerartigen Fabriksgebäuden deuten auf thätige Industrie, elegante Villen auf reiche Fabrikanten oder andere glückliche Sterbliche. Man fährt noch kurze Zeit parallel mit der Saragossener Bahn, dann etwas meermwärts an der Citadelle und an ihrem Glacis vorüber und gleich darauf in den Bahnhof der vollreichen, blühenden Provinzialhauptstadt, wo uns wieder, und zwar zum dritten Male das Vergnügen einer Jollivisitation zu Theil ward, was mich wegen des federleichten Gepäcks eigentlich nicht belästigt hatte, im Gegentheil erfreuten mich jedesmal die artigen Manieren des Zollpersonals.

Ein Mitglied der Reisegesellschaft erwies sich sehr freundlich und gab uns die Leitung zum — nach Barceloneter Preisen — billigen Gasthof „Fonda del universo“, der, nebenbei erwähnt, auch wie die übrigen zu rechnen versteht und sich für den Tag, die Wirthschaftsmitel mit eingerechnet, 35 Reales = beiläufig 9 Franken bezahlen läßt. Für die zwei Zugereisten wollte sich aber anfänglich keine Unterkunft finden. Ein trockener Oberfeller schlug uns Aufnahmungen in der nationalen Küche vor, das Gepäc in einen Winkel zu placiren, weil sich auf den Abend das Weitere ergeben werde. Wie er gesagt, so hatten wir gethan, denn beiden waren Instillirung und Comfort an jenem herrlichen Nachmittage nur Nebenjade und ein Spaziergang in der Stadt millienmal mehr werth. Vorbereitung und Toilette hiezu glücken in opulenta forma — um mit Verlaub zu reden — der eines vom Lager aufstehenden Hundes, welcher sich tüchtig rüttelt, freudt und auf die Straße läuft. Beim ersten Schritt über die Thürschwelle des Gasthofes fanden wir auf dem Palastplatz, piazza del palazzo, zur Linken das königl. Schloß, zur Rechten die Börse, Casa Lonja, zwei große, etwas schwerfällige Gebäude. Vorn an diesem Platz liegt die weltbekannte

gewinn kommt beiden Theilen in gleichen Hälften zu. — Die Interpellationen wurden bis nach der Diskussion der dringenden Gesetze vertagt.

† **London**, 17. Juli. Abds. Im Oberhause erwiderte heute Lord Malmesbury auf eine betreffende Interpellation Denbigh's, der Vizeadmiral Hastings habe die Aufhebung der Blockade von Mazatlan angeordnet, die Regierung habe aber noch keinen detaillirten Bericht über die betreffenden Vorgänge erhalten.

† **London**, 17. Juli. Aus Peru trifft die Nachricht ein, daß das gelbe Fieber daselbst nunmehr fast verschwunden ist. — In Ecuador fanden zwei heftige Erdstöße statt.

† **Washington**, 16. Juli. Der Senat hat die Bill angenommen, welche die Ermächtigung zur Ausgabe von Bonds ertheilt, die in Goldwährung nach 20, 30 und 40 Jahren einzulösen und mit je 5, 4 1/2 und 4 Proz. verzinsbar sind. Die Zinsen sind gleichfalls in Goldwährung zu zahlen und frei von jeder Steuer, mit Ausnahme der gewöhnlichen Einkommensteuer. Der ausschließliche Zweck dieser Bonds ist die beliebige al-pari-Einlösung der zinstragenden Schulden, mit Ausnahme der fünfprozentigen Bonds und der dreiprozentigen Zertifikate. Jene neuen Obligationen dürfen bis zu einem zur gesammten Deckung des Kapitals aller ausstehenden Obligationen hinreichenden Betrag ausgegeben werden; doch soll der binnen zwanzig Jahren einzufließende Betrag ein Drittel der ganzen Emission nicht übersteigen. Die Gesetzvorlage erstreckt sich ferner auf die Reduktion der Schuld durch Bewilligung einer Summe, welche einschließlich der Zinsen der öffentlichen Schuld und der fällig werdenden fundirten Schuld 135 Mill. jährlich betragen soll. Ferner bestimmt sie, daß jeder Vertrag, in welchem Barzahlung ausdrücklich vorgesehen sei, künftighin gesetzliche Kraft und Verbindlichkeit haben und seinen Festsetzungen gemäß gerichtlich geltend gemacht werden soll. Alle in der Gesetzgebung vorkommenden Akte in Betreff der Obligationen der Vereinigten Staaten werden in ihren gegentheiligen Bestimmungen zugleich aufgehoben.

Deutschland.

† **Karlsruhe**, 17. Juli. Die Hoffmann'sche Korrespondenz vom 4. d. M. brachte mit der Nachricht von dem Abschluß der bayrisch-württembergischen Verhandlungen über die deutsche Feitung Ulm die Kunde, daß bei der jüngsten Anwesenheit des württembergischen Bevollmächtigten in München ein Entwurf ausgearbeitet worden sei, wonach eine aus Vertretern der drei süddeutschen Staaten bestehende ständige Militärkommission zu bilden wäre, welcher die Aufsicht über die süddeutschen Festungen, sowie über das ganze Defensivsystem Süddeutschlands und dessen Zusammenhang mit der Vertheidigung Gesamtdeutschlands übertragen werden solle. Andere Zeitungen haben seither mitgetheilt, daß diese Kommission am 15. d. M. zu München auf Grund eines Statuts zusammentreten werde, dessen Inhalt aus der in Paris erscheinenden „Correspondance du Nord-Est“ in die österreichischen und deutschen Zeitungen übergegangen ist. Die Hoffmann'sche Korrespondenz war seither in der Lage, unter andern irrigen Mittheilungen anderer Blätter auch diejenige zu berichtigen, daß der Vorschlag der Bildung einer süddeutschen Militärkommission von der badischen Regierung ausgegangen sei. Wie wir aus zuverlässiger

Quelle vernehmen, ist kurz nach Ankündigung der Hoffmann'schen Korrespondenz die Einladung hierher gelangt, eine süddeutsche Militärkommission am 15. d. M. auf Grund eines bereits entworfenen Statuts in München zusammentreten zu lassen, die Groß. Regierung aber, so wenig sie sich prinzipiell einer gemeinschaftlichen Verathung der Defensivverhältnisse Süddeutschlands im Zusammenhang mit der Vertheidigung Gesamtdeutschlands zu entziehen gedenkt; nicht in der Lage gewesen, auf die gemachte Einladung einzugehen.

† **Karlsruhe**, 18. Juli. Der Gesandte der Verein. Staaten von Amerika, Hr. Bancroft, hat der Großherzogl. Regierung den Vorschlag zum Abschluß eines Vertrags in Betreff der Anerkennung der Staatsangehörigkeit naturalisirter Auswanderer gemacht und die Groß. Regierung ist bereitwillig auf diesen Vorschlag eingegangen. Die Verhandlung ist alsbald zwischen dem Hrn. Präsidenten des Groß. Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten und dem Hrn. Gesandten eröffnet worden, und es wird die Unterzeichnung des Vertrags voraussichtlich schon morgen stattfinden können.

† **Karlsruhe**, 18. Juli. Die Entwürfe der Vollzugsverordnungen zum Schulgesetz, soweit sie auf die Regulirung der Lehrergehälter Bezug haben, sind zwar schon seit einiger Zeit von dem Oberschulrath ausgearbeitet worden. Allein abgesehen davon, daß sie organisationsmäßig noch mehrere Verathungsstadien durchlaufen müssen, werden voraussichtlich auch nach ihrer Verkündung noch Wochen und Monate verstreichen, bis auf Grund derselben, alle Schulerkennnisse erlassen sind. Das Groß. Ministerium des Innern hat deshalb dieser Tage auf den Antrag der Oberschulbehörde sämtliche Bezirksämter beauftragt, unverweilt an die Gemeindevorstände die Aufforderung zu erlassen und darauf hinzuwirken, daß die Lehrer überall, wenigstens für das erste Halbjahr vom 1. Januar 1868 an, in den sofortigen Bezug der durch das Gesetz ihnen bewilligten Gehaltserhöhungen eingewiesen werden. Wo der Lehrergehalt lediglich in Geldeinkünften besteht, also namentlich auch bei Schulverwaltern, Hilfslehrern und Unterlehrern, kann diese Einweisung keinem Anstand unterliegen. Derselbe ist aber bei gutem Willen der Gemeinden auch da unschwer auszuführen, wo Naturalien oder Benützungsgüter in Betracht kommen, da entweder der seitherige Anschlag oder nach billigem Ermessen ein anderer entsprechender Anschlag in Berechnung gezogen werden kann. Die Auszahlung geschieht in allen Fällen vorbehaltlich späterer Abrechnung. Nach den Erfolgen, von welchen die in dieser Richtung von einigen Amtsvorständen bereits früher getroffenen Anordnungen begleitet gewesen sind, darf man hoffen, daß es weitaus in den meisten Fällen gelingen wird, die alsbaldige Auszahlung der Gehaltsaufbesserungen an die Lehrer herbeizuführen.

† **Darmstadt**, 16. Juli. (Fr. Z.) Das Regierungsblatt verkündet den Vertrag über Verwaltung und Betrieb der im Groß. Gebiet belegenen Strecke der Main-Wefer-Bahn, welcher vom 1. August an die Verwaltung unbedingt Preußen überträgt. Einleitend ist bemerkt, daß der Vertrag eine Folge des Friedensvertrags vom 3. September 1866 sei. Die Regierung behält das Recht, durch ein Mitglied in der Direktion ihre Ansichten und Wünsche zur Geltung zu bringen, begibt sich aber, soweit nicht einzelne Ausnahmestimmungen getroffen worden, jeder sonstigen Ein-

im ersten meistens alterthümlich, aber mitunter originell, einzelne Hausfassaden al fresco übermal, im letzteren neubarock und langweilig. Zu den charakteristischsten Merkmalen eines altspanischen Hauses gehört der keinem Fenster fehlende Balkon aus einfachen Eisenstäben, der nur sehr wenig vorpringt, d. h. sehr schmal ist, auf welchen sich eine gefensterle Thüre öffnet. Die engen Straßen südlischer Städte bieten stets Schutz gegen die heißen Strahlen der Sonne und sind des Morgens und Abends wenn auch nicht gerade kühl, so doch angenehm zu begehen, wogegen breite, wie z. B. die des neuen Barcelona, wohl reiner und gesünder sein, daher auch gegen etwaige epidemische oder endemische Krankheiten — sicher aber nicht gegen den Sonnenstich — schützen mögen. Aber wer kann, flüchtet unter Tags in den verweirtesten, keine Luft hegenden Theil, und obgleich man Barcelona's mildes Klima und seinen gemäßigten Sommer so stark rühmt und seine Hitze nicht so abschreckend sein soll, wie z. B. in Sevilla, wo man dem Leichtgläubigen gern aufbindet, man verkenne in den Hundstagen auf dem Straßenpflaster die Schuhsohlen und müsse die Thürgriffe mit nassen Tüchern anfassen, so hört in den breiten sonnenbeschiemenen Straßen doch bald alle Gemüthlichkeit auf.

(Fortsetzung folgt.)

— **Königsberg**, 15. Juli. Kaplan Michels, der bekannte frühere Reichstags-Abgeordnete, erläßt in der „R. Z.“ folgende Herausforderung an Karl Vogt: „Die Nachricht, daß Hr. Vogt in Königsberg mit seinen „wissenschaftlichen“ Vorträgen „den Weisung der Menschen“ anzutreten beabsichtige, vermisst als Köhler die schon vor Jahren in der Schrift: „Der Weltall an Vogt von mir glaube an die Vertreter dieser „wissenschaftlichen“ Kampf ergangene Herausforderung“, über die Hr. Vogt den zu erinnern“ 11. Juli 1868.“

wirkung auf die Verwaltung. Die Beamten treten in preussische Dienste, verbleiben jedoch im bisherigen Unterthanenverband. Die Landeshoheit bleibt für die hessische Bahnstrecke der Groß. Regierung ausschließlich vorbehalten; das Expropriationsrecht ist Preußen jedoch eingeräumt. Privatrechtliche Ansprüche, in Veranlassung des Betriebs und der Verwaltung der Bahnstrecke auf hessischem Gebiet, müssen bei hessischen Gerichten zur Entscheidung kommen; ebenso Verbrechen und Vergehen, welche daselbst vorkommen. Die Ruhegehälter der bisherigen Beamten werden von der Verwaltung der Main-Weiser-Bahn übernommen und sind die Pensionen nach den bisher in Hessen geltenden Bestimmungen zu fixieren. Künftig angestellte Beamte sind den in Preußen geltenden Bestimmungen unterworfen. Beamte, welche dem Zivilieners-Wittwen-Institut angehörten, treten aus; deren Eintrittsgelder werden an Preußen überliefert und übernimmt dieses hierauf die Zahlung der Wittwen- und Waisenpensionen.

Farmstadt, 16. Juli. (Fr. Z.) Bestem Vernehmen nach wird die Schließung des 19. Landtages im Lauf des nächsten Monats nach der Rückkehr des Ministerpräsidenten v. Dalwigk aus Livland, wo derselbe gegenwärtig bei seinem Schwiegervater, dem Grafen Dunten, weilt, mittelst landesherrlichen Erlasses und ohne daß deshalb eine Einberufung der Kammer stattfinden wird, erfolgen. Der 20. Landtag, für welchen Neuwahlen vorerst nicht erforderlich sind (in der hessischen Verfassung sind Wahlperioden von sechsjähriger Dauer festgesetzt), dürfte seine Thätigkeit im Lauf des Monats Oktober beginnen, da die Zustimmung der Kammer zur Fortsetzung des durch die Vermehrung der Staatsbedürfnisse erforderlich gewordenen Zuschlages zu den direkten Steuern um diese Zeit einzuholen ist.

Luzern, 15. Juli. Zu der vorgestern abgehaltenen Versteigerung der von den vormaligen Festungswerken herrührenden Materialien hatten sich verschiedene Interessenten aus dem In- und Ausland zahlreich eingefunden, und wurden daher die zum Ausgebot kommenden Versteigerungsobjekte recht gut bezahlt. Bei der gestern stattgehabten Versteigerung von immobilien Festungswerken wurde das Proviantamtsgebäude dem Hrn. Nachter-Würth, Kaufmann dahier, zugeschlagen zum Preise von 71,000 Franken, vorbehaltlich der Genehmigung der Regierung.

Oldenburg, 14. Juli. (Allg. Ztg.) Nach dem neuen mit dem Landtag vereinbarten Gesetz besteht das Staatsministerium aus fünf Departements (Großh. Haus und Aeußeres, Justiz, Kirchen und Schulen, Inneres, Finanzen) unter drei das Gesamtministerium bildenden Ministerialvorständen. Die Geschäfte der aufgehobenen Regierung und Kammer gehen theils auf die einzelnen Ministerien, theils auf die Aemter über. Gegen Verfügungen der Aemter und anderer unterer Verwaltungsbehörden ist an das betreffende Ministerialdepartement zu recurriren, von diesem an den Ressortminister, und von Letzterem an das Gesamtministerium. Die Regierung hatte nur zwei Rekursinstanzen für zulässig erachtet, auch sich beharrlich gegen den Beschluß des Landtags gestraut: daß die Einrichtung eines Verwaltungs-Gerichtshofs, wie derselbe in Baden, Hessen, Württemberg und Bayern besteht, in Erwägung gezogen werde. Art. 17 und ein Theil des Art. 18 der Regierungsvorlage sind vom Landtag gestrichen, weil dieser es für unangemessen hielt, in diesem Gesetz die staatsgrundgesetzlich feststehenden Befugnisse des Großherzogs zu berühren. Für die Minister bewilligte der Landtag einen Gehalt von je 3000 Thln. nebst 800 Thln. Dienstaufwand, und für 11 Räte einen Gehalt von 1800 Thln. bis zu 2000 Thln. Hiernach wurde das Zentralbudget modifizirt.

Hamburg, 16. Juli. (Nat.-Ztg.) Unser Bürgermilitär hat gestern zulezt die Wachen bezogen; es ist fortan von jedem Dienst dispensirt und damit, wenn die formelle Auflösung auch noch nicht erfolgt ist, doch thatsächlich aufgehoben. Die Wachen sind theils vom Linienmilitär, theils von Constabular übernommen, welche fortan auch die Funktionen einer Straßenpolizei, an der es uns bisher fast völlig fehlte, übernehmen.

Berlin, 17. Juli. Wie aus Ems gemeldet wird, gab Se. Maj. der König am 15. Juli ein größeres Diner, zu welchem u. A. der Afrikareisende H. Kohns eingeladen war. Hr. Kohns hat dem König über seine neuliche Reise nach Abyssinien Bericht erstattet und höchstselben Geschenke des Sultans von Bornu überbracht. Diese Geschenke wurden dem Reisenden schon vor zwei Jahren in Kula übergeben, sind aber wegen Verzögerungen des Karawanentransports erst jetzt angelangt. — Der Berliner Korrespondent eines hannoverschen Blattes, welcher für das nächstjährige preussische Budget ein Defizit von 6½ Mill. Rthlr. angekündigt hatte, hält allem Widerspruch gegenüber seine grundlosen Behauptungen aufrecht. Zugleich meldet derselbe: im Staatsministerium hätten schon Beratungen darüber stattgefunden, ob die Deckung des Defizits durch eine Anleihe oder durch neue Steuern erfolgen sollte. Wie uns versichert wird, beruht diese ganze Mittheilung auf dreifacher Erfindung. — Die Zeitungs polemik über die Verfassungsmäßigkeit der Ausschreibung von Matrikularbeiträgen zum Ersatz von 2 Mill. 700,000 Thln. Mindereinnahmen des Norddeutschen Bundes hat dem Bundesraths-Ausschuß für Rechnungsweisen Anlaß gegeben, in einem weiteren Bericht die erhobenen Bedenken zu erörtern. Der Ausschuß legt dar: Das Bundespräsidium sei zu solcher Beitragsauschreibung befugt. Die Rechte des Reichstags aber seien dadurch gewahrt, daß die Sache bei der spätern Rechnungslegung zur Sprache kommen müsse. — Das Handlungshaus Pope in Valparaiso in Chili hat die Lieferung von 120 deutschen Familien als Kolonisten übernommen. Da dies Haus mit dem Hamburger Bankier Godefroy in enger Geschäftsverbindung steht, so sind bald in norddeutschen Blättern Aufforderungen zur Auswanderung nach Chili zu erwarten. Vor solcher Auswanderung muß aber auf das eindringlichste

gewarnt werden. Die erwähnten 120 Familien sollen zur Kolonisierung des den Aurokanern abgenommenen Gebietes Verwendung finden. Für einen genügenden Schutz der Kolonisten gegen räuberische und mörderische Ueberfälle der Indianer sind keine Bürgschaften vorhanden. Das Gebiet hat keine Verbindung mit Meeren und überhaupt keine Kommunikation zum Absatz der Produkte. Außerdem sind die Protestanten in Chili mit Trauungen, kirchlichen Zeugnissen u. ganz von der katholischen Geistlichkeit abhängig.

Berlin, 17. Juli. Die „Kreuz-Ztg.“ schreibt bezüglich der von der Kaiserl. russischen Regierung angeregten Idee, die Anwendung der explodirenden Geschosse im Krieg gewissen Beschränkungen im Interesse der Menschlichkeit zu unterwerfen:

Nachdem dieser humane Vorschlag überall verdienter Mäßen die wärmste Anerkennung gefunden hat, scheint derselbe seiner Verwirklichung nunmehr nahe zu rücken, und zwar in einer noch weiteren Ausdehnung, als anfänglich anzunehmen war. Die Königl. preussische Regierung hat nämlich, indem sie ihre prinzipielle Zustimmung zu dem fraglichen Projekte kund gab, zugleich den Gedanken supponirt, es möge einer von militärischen Sachverständigen zu bildenden internationalen Kommission die Aufgabe gestellt werden, die Grenzen zu ermitteln und festzusetzen, innerhalb welcher die Anwendung von Sprenggeschossen, und zwar sowohl für Geschütze als Gewehre, noch fernerhin statthaft sein soll, wobei natürlich den Geboten der Humanität so weit wie irgend möglich Rechnung getragen werden würde. Glaubwürdigem Vernehmen nach hat dieser Vorschlag in St. Petersburg die beste Aufnahme gefunden, und es steht zu hoffen, daß die gedachte Kommission noch in diesem Herbst wird zusammentreten können.

Demselben Blatt zufolge wird die definitive Beschlusfassung über die Organisation von Hannover bis nach der Rückkehr des Ministerpräsidenten Grafen Bismarck ausgesetzt bleiben.

Die „Nordd. Allg. Ztg.“ schreibt: „Die am 3. Juli d. J. von Rom aus an Se. Majestät den König gerichtete Adresse, welche den Dank der Italiener für die Erwerbung Venetiens an den Jahrestag des großen Sieges bei Königgrätz knüpft, ist nicht, wie die Zeitungen melden, von dem Königl. Gesandten in Rom an- oder entgegengenommen, sondern von einem unbekanntem Mann bei dem Portier der Gesandtschaft abgegeben worden. Offenbar war diese Adresse nur für die Definitivität berechnet und ist von den Verfassern selbst den Zeitungen übergeben worden, aus welchen sie auch zuerst zur Kenntniz der Königl. Regierung gelangte.“ — Bei der Königl. Werts zu Danzig ist angeordnet, daß, um das Verhältniß der Haltbarkeit des Hansbrautauwerks zu dem gewöhnlichen Tauwerk zu ermitteln, Versuchsversuche mit erstem angestellt werden sollen.

Oesterreichische Monarchie.

Wien, 16. Juli. Der Unterstaatssekretär Baron Meysenbug hat die Meldung aus Rom mittheilen können, daß die päpstliche Kurie die diesseitige Protestnote gegen die Allokution nicht ohne eine Erwiderung lassen werde. Es scheint aber nach den ihm gewordenen Andeutungen diese Erwiderung wesentlich zum Einzulenken berechnet zu sein, insofern dieselbe nicht bloß die gegen die neueste oesterreichische Gesetzgebung in Bausch und Bogen geschleuderte Verurtheilung bestimmt umgrenzen, sondern auch der Deutung, als könne Rom die Mahnung an die Gewissenspflicht zu einer Entbindung vom bürgerlichen Gehorjam zu steigern beabsichtigt haben, ausdrücklich und nachdrücklich entgegengetreten würde. Der Konflikt würde damit zu einer staatsrechtlich-dogmatischen Kontroverse degradirt und ausschließlich den Freiheiten der Staatsrechts- und Schriftgelehrten anheimfallen, d. h. seiner unmittelbar praktischen Bedeutung entkleidet sein.

Wien, 17. Juli. Der Unterstaatssekretär Baron Meysenbug ist allerdings aus Rom zurückgekehrt, hat aber seinen Posten nicht wieder angetreten, sondern wird sich morgen mit Urlaub entfernen. Es gilt als eine ausgemachte Sache, daß dieser Urlaub sich demnach in eine Pensionierung verwandelt. Ob ein neuer Unterstaatssekretär ernannt werden wird — in diesem Fall dürfte mit der Beförderung des Sektionschefs Baron Drivy einem weiteren Paritätsanspruch Ungarns genügt werden — oder ob die betreffenden Geschäfte den einzelnen Sektionschefs zufallen, scheint noch nicht entschieden.

Der Ministerrath ist in der Titel- und Wehrfrage einig geworden; das geht daraus hervor, daß Hr. v. Beust endlich gestern seine Reise nach Gastein angetreten hat. Der spezielle Inhalt der gefaßten Beschlüsse ist aber noch nicht bekannt geworden.

Triest, 16. Juli. Das Leichenbegängniß des in der Nacht vom 13. auf den 14. Juli getödteten Parisi fand Mittags unter großem Jubel des Volkes ohne Störung statt. Die Leiden waren geschloffen und die Häuser trugen Trauerabzeichen. Die italienischen Schiffe im Hafen hatten die Flaggen auf Halbtrop gehißt. Am Sarge hielten Vidacovich und Hermet Reden. Letzterer sprach besonders in verständlichen und beschwichtigendem Tone. Gestern und heute herrscht in der Stadt Ruhe, abgesehen von kleinen Ausschreitungen.

Triest, 17. Juli. Das Telegramm in einigen Wiener Blättern, daß bei dem Tumult vom 13. Juli vier Personen getödtet und vierzig verwundet wurden, ist unrichtig. Tod am Platz blieb nur eine Person, nämlich Rudolph Parisi, getödtet durch Stichwaffen; außerdem wurden zwei schwer verwundet, nämlich der als Tumultuant ergriffene Conte Puppi und der als Zuschauer durch einen Pistolenchuß verwundete beurlaubte Kadet Sussa. Letzterer ist heute gestorben. Leichte Verletzungen mögen einige vorgekommen sein, sind aber bisher nicht verifizirt.

Schweiz.

Bern, 17. Juli. (Bund.) Zwischen dem schweizerischen Generalkonsul in Rom und der päpstlichen Regierung ist am 16. d. eine Erklärung unterzeichnet worden, welche den

Angehörigen und Erzeugnissen der beiden Staaten gegenseitig die Gleichbehandlung mit den Angehörigen und Erzeugnissen der weisßbegünstigten Nation zusichert. Die Vereinbarung soll auf den 1. August nächsthin in Kraft treten. Sie wird der Bundesversammlung zur Genehmigung übermittelt.

Bern, 17. Juli. (Sch. M.) Der Nationalrath hat den Protest einiger Jurassier gegen Reduktion der katholischen Feiertage mit 87 gegen 9 Stimmen abgewiesen.

Frankreich.

* **Paris, 17. Juli.** Sitzungen des Gesetzgeb. Körpers vom 16. und 17. Juli.

In der gestrigen Sitzung setzte man die Diskussion über die algerische Frage fort. Baron J. David trat den Ausführungen des De. Lanjuinais direkt entgegen. Für ihn ist das militärische Verwaltungssystem, wie es bisher gehandhabt wurde, das einzig praktische für Algerien; und kann nur zum größten Schaden für Jedermann durch eine Zivilverwaltung ersetzt werden. Im Gegentheil ist das einzige Mittel, die Kolonie zu heben, nur darin bestehen, daß man das militärische System noch in weit strengerer Weise, als bisher, handhabt. Baron David sucht, in gewohnter Weise, seine Sache mehr durch Behauptungen, als durch Gründe der Versammlung zugänglich zu machen, und es kommt ihm nicht darauf an, zur Vertheiligung der Militärherrschaft und ihrer ausgeprägtesten Form, der sog. arabischen Bureaus, die bürgerlichen Kolonisten in ein möglichst ungünstiges Licht zu setzen. Was die von denselben begehrte Vertretung in dem Gesetzgeb. Körper anbelangt, — versichert Baron David, daß nach Abzug der nichtstimmberechtigten Ausländer in Algerien die zur Wahl eines Vertreters erforderliche Anzahl von Wählern nicht vorhanden ist. Er spricht ferner seine Ueberzeugung dahin aus, daß, wenn heute das Zell als Zivilterritorium anerkannt würde, man die afrikanische Armee auf wenigstens 200,000 Mann bringen müßte. Er hält dafür, daß Bernunft und Gewissen gleich sehr die von der Opposition begehrte bürgerliche Emanzipation Algeriens verbieten. Auch dieser Redner wird, beim Herabsteigen von der Tribüne, Seitens vieler Mitglieder begrüßungswünscht.

J. Favre ergreift das Wort, um nicht allein gegen die Militärherrschaft im Allgemeinen, sondern auch gegen das in Algerien herrschende Regiment im Besondern zu protestiren. So wenig er der Armee für ihre militärischen Leistungen seine Anerkennung verlagern kann, so sehr bewundert er ihre administrative Befähigung. Algerien ist bis auf den heutigen Tag nicht regiert, sondern kommandirt worden. Dies genügt aber nicht zur Entwicklung eines Volkes. Das eigenthümliche der Militärherrschaft überhaupt besteht darin, daß sie keine Kontrolle vertragen kann. Es würde eine wesentliche Umgestaltung eintreten, wenn man mit dem Degen an der Seite und der Epaulette auf der Schulter diskutieren dürfte. Die Militärherrschaft besteht nur unter der Bedingung, daß sie ihren Willen, ohne auf Widerspruch zu stoßen, aufzulegen. Alles muß sich unter ihrem Geße beugen, und dies Geße, die höchste Bedingung ihres Seins, ist die Unfehlbarkeit. J. Favre richtet sich insbesondere gegen die arabischen Bureaus, die um Das zu bleiben, was sie sind, nothwendig die Gegner der Entfaltung jedes bürgerlichen Elements, ohne welches keine Kolonisation gedeihen kann, bleiben müssen. Was die angeblich geringe Stimmenzahl anbelangt, so meint J. Favre, daß man damals, als das Kaiserreich konstituirte wurde, dieselbe als bedeutend genug gehalten habe, um sie zur Abstimmung heranzuziehen. Für die algerische Presse endlich fordert J. Favre die Aufhebung der trotz des neuen Preßgesetzes noch immer fortbestehenden distretionären Gewalt. Wäre die Presse freier gewesen, so hätte schwerlich, gleichsam ungeahnt, ein Zustand eintreten dürfen, durch den voriges Jahr 100,000 Araber Hungers starben. Ackerbau und Viehzucht wäsen jedes Jahr geringere Ergebnisse auf. Bebauet wurden 1863 2,451,000, 1865 2,276,000, 1866 1,713,000 und 1867 1,255,000 Hektaren. Der Viehstand ist während dieser Zeit von 11 Millionen Stück auf weniger als 6 Mill. heruntergegangen. Das Ausmaß, wie aus allen allgemeinen Erfahrungen schließt J. Favre, daß das Gewaltsystem unmöglich und unsicher ist, und daß es für die menschliche Gesellschaft keinen Wohlstand, keine Größe und keinen Glanz geben kann, als durch Achtung der individuellen Würde und durch die von der Freiheit begünstigte Entwicklung der Geister.

Staatsminister Rouher will mit gewissenhafter Mäßigkeit die Frage prüfen und vor Allem untersuchen, welches die eigentliche Lage des algerischen Zivilterritoriums, sowie des Militärterritoriums ist, und welche Beziehungen zwischen beiden bestehen. Er bemüht sich, ebenso große Sympathie für das Kolonisationswerk, wie für die Armeen an den Tag zu legen, und darzuthun, daß die bürgerliche Kolonisation und die militärische Herrschaft nicht allein vereinbar seien, sondern daß unter den bestehenden Verhältnissen erstere unter dem Schutz der letztern noch am besten gedeihen müsse. Allmählig werde dann die heutige gemischte Gemeinde (d. h. eine nach französischen Verwaltungsgrundsätzen eingerichtete, aber jedes Wahlrechts entbehrende Gemeinde) zur vollberechtigten, wie sie im Mutterland bestehen, werden. Dies sei das Ziel, welches die Regierung im Auge hat. Die Rede des Hrn. Rouher wird mit großem Beifall aufgenommen.

Jules Favre, der nachmals das Wort verlangt, kann dasselbe nicht erlangen, da von der Rechten mit Ungehörm nach Schluß gerufen wird. Es kommt zur namentlichen Abstimmung, in der sich 22 Stimmen für und 186 gegen die von der Linken beantragte Einführung geordneter bürgerlicher Zustände in Algerien erklären. Berryer, Paris, Ollivier, Thiers und auch Darimon enthalten sich der Abstimmung. (Schluß der Sitzung.)

Die Versammlung nahm heute die vier Sektionen des algerischen Budgets ohne weitere Diskussion an und ging hierauf zur Diskussion des Marinebudgets über. Bethmont ergreift zuerst das Wort, um nachzuweisen, daß dieses Budget sich um 15 Mill. Fr. durch Uebertrag außerordentlicher Ausgaben in das ordentliche Budget vermehrt habe. Diese Vermehrungen könne man für dieses Jahr erklären und gutheißern; allein es werde eine ständige Vermehrung des Marinebudgets von 25 bis 30 Millionen in Aussicht gestellt, und dies müsse wohl in Betracht gezogen werden. Redner verlangt eine Enquete über die Lage der Marine. Der Marineminister ist nicht gegen eine Enquete, allein er hält sie für unzeitgemäß im Augenblick. Man dürfe heututage so wenig die Material- und Personalverhältnisse der Flotte, wie die Lage der Landbesetzungen durch eine Enquete zur Kenntniz Europa's bringen. Uebrigens beläuft sich die beabsichtigte Erhöhung des Marinebudgets bei weitem nicht auf 25 oder 30 Millionen. (Postschluß.)

* **Paris, 17. Juli.** Gestern ist, wie der „Moniteur“ meldet, die letzte eiserne Säule der großen Maschinenhalle,

welche sich als äußerster Ring um das Ausstellungsgebäude händelung hatte, gefallen. Auf dem weiten Marsfelde stehen jetzt nur noch die Direktionsgebäude der Ausstellungs-Kommission, das elegante Schweizerhaus, in welchem Hr. Laplay seine Büreaus aufgeschlagen hatte, und der Barde des Beyn von Tunis. Der gegen die Militärschule zu liegende südliche Theil des Marsfeldes ist bereits völlig nivellirt und der Zirkulation wieder übergeben. Der nördliche Theil wird nächstens ebenfalls von seinem Schutthaufen befreit sein. Der See, an dem sich der Leuchthurm erhob, ist wieder mit Erde ausgefüllt. Von allen Monumenten, die sich da zusammenbrängten, ist nur noch eine der Fontainen in der Nähe des Haupteingangs übrig.

Der „Journ. de Paris“ zufolge geht das Gerücht, daß der König von Portugal nächstens nach Paris kommen werde. — Wie die „Patrie“ meldet, wird der Kaiser morgen früh um 10 Uhr in Paris eintreffen, um im Tuilerienpallast der Sitzung des Ministerraths zu präsidiren. Man weiß noch nicht, ob Se. Maj. nächsten Sonntag direkt von Paris oder von Fontainebleau aus nach Rom abreisen wird. — Wie der „Tribune“ meldet, hat sich der Gesundheitszustand des preussischen Botschafters, Grafen v. d. Goltz, verschlimmert.

Der „Patrie“ geht aus Weg die Nachricht zu, daß die pyrotechnische Schule in die Luft geflogen ist. Das Feuer hat sich dem Schulgebäude mitgetheilt. Es sind sonst keine erheblichen Unfälle zu beklagen. Nur zwei Leute wurden leicht verwundet.

Wie die „Patrie“ meldet, dauern die Feuerübungen mit den sog. kleinen Kanonen oder „Mitrailles“ unausgesetzt in Meudon fort. Der Knall ist nicht stärker, als der eines Pelotonfeuers; manchmal hört man ihn dreimal in der Minute, manchmal tönt es wie ein anhaltendes Rollen. Die Versuche finden mit Beobachtung der größten Vorsicht statt. Kein Ungeweihter darf sich in die Nähe wagen. Die zahlreich angestellten Schützmannen haben den strengsten Befehl, die Neugierigen fern zu halten. — Rente 70.10, Cred. mob. 281.25, ital. Anl. 53.35.

Spanien.

Madrid, 15. Juli. Der Herzog und die Herzogin von Montpenzier verweigerten es, den Anweisungen der Regierung zu gehorchen, weil die spanischen Infanten direkt vom Souverän Befehle empfangen. Die Königin unterzeichnete das Verbanndekret. Außerdem wurden alle Generale, welche Mitglieder der liberalen Union sind, ohne Ausnahme des Landes verwiesen. Die Polizei fährt fort, in Madrid und in den Provinzen alle höhere Offiziere, welche verdächtig sind, der liberalen Union und der Progressistenpartei anzugehören, zu verfolgen.

Portugal.

Lissabon, 16. Juli. Graf v. Avila ist mit Bildung eines Kabinetts beauftragt worden, weil der Herzog von Loulé, sowie der Marquis von Sa da Bandeira auf diese Mission verzichtet haben. Ein großes Meeting gegen den Herzog von Loulé ist auf heute in Porto angekündigt worden.

Dänemark.

Kopenhagen, 16. Juli. Der König hat sich am 15. Juli Abends von Klampenborg aus nach Jütland ins Uebungslager begeben und wird dort bis zum 21. bleiben. Baron Blizzen-Fincke, dessen Befinden sich sehr verschlimmert hat, wird nach Deutschland zurückkehren und seinen Aufenthalt in Baden-Baden nehmen.

Rußland und Polen.

St. Petersburg, 14. Juli. (Nat.-Ztg.) Die Kaiserin ist vorgestern nach Kissingen abgereist, und in 14 Tagen wird sich auch der Kaiser dahin begeben. Zu gleicher Zeit verläßt auch der Fürst Gortschakoff die Hauptstadt und begibt sich an deutsche und schweizerische Kurorte; der Reichskanzler wird den Monarchen nicht begleiten und ebenso seinerseits ohne alle amtliche Gesellschaft sein; selbst der sonst unentbehrliche Geh. Rath v. Hamburger trennt sich diesmal vom Fürsten und geht seinerseits nach anderen Kurplätzen. Es herrscht hier bereits seit Wochen große politische und geschäftliche Stille, und sie wird natürlich durch die Abwesenheit des Monarchen und des Kanzlers noch vermehrt werden. Letztern vertritt sein Adjunkt, Hr. v. Westmann.

St. Petersburg, 16. Juli. Der Botschafter am französischen Hofe, Graf Stadelberg, wird auf Urlaub nach Kissingen, der Gesandte am belgischen Hofe, Fürst Drloff, auf Urlaub nach Kusland gehen. — Die Eisenbahn von Woronesch nach Kozlow wurde am 13. Juli eröffnet.

Großbritannien.

London, 16. Juli. Da nach den letzten Geldboten, welche in der heutigen Sitzung zur Sprache kommen, zehn Tage verstreichen müssen, ist wenig Aussicht vorhanden, daß die Auflösung des Parlaments vor dem 28. dieses stattfinden wird. Die Grundbesitz-Partei dringt, wie es heißt, gegen den Wunsch Disraeli's darauf, daß die Beratungen über Viehmarkt-Bill fortgesetzt werden. Ausnahmsweise soll am Samstag eine Sitzung stattfinden, um die Geschäfte möglichst zu beschleunigen.

Die Hitze dauert fort. Das Maximum der Tagestemperatur betrug gestern 88 Grad im Schatten und 111 Grad in der Sonne. In Liverpool stand das Thermometer auf 123 Grad in der Sonne.

Amerika.

Lissabon, 16. Juli. Das französische Paketboot „Estremadura“ welches den 15. Juni von Rio de Janeiro abgegangen ist, ist so eben mit der Post von Brasilien und La Plata hier eingetroffen.

(Paraguaitische Quelle.) Die Nachrichten vom Kriegsschauplatz in Paraguay sind geringfügig. Die Allirten in ihrer Ohnmacht haben gegen die Positionen des Marschalls Lopez Nichts zu unternehmen gewagt. Humaita, Fambó und Tebimary vermehren fortwährend ihre Verteidigungsmittel

und halten fortwährend alle Streitkräfte der Tripel-Allianz im Schach.

Bei Abfahrt des Paketbootes nahm man die Präsidentenwahlen in der Argentinischen Konföderation vor. Die Kandidatur des Generals Urquiza hielt immer den ersten Rang ein und sein Sieg wurde eben so unfehlbar als notwendig erachtet, um dem heillosen Kriege ein Ziel zu setzen, den Brasilien gegen die Staaten des Rio de la Plata führt zum Nachtheil der Handelsinteressen Europa's. Dem Argentinischen Kongress ist eine Motion vorgelegt worden gegen die Protokolle des geheimen Bündnißvertrags der gegen Paraguay unterzeichnet worden ist; dieselbe wurde vom Beisatz der Kammer begrüßt und die Protokolle wurden gemäßigilligt.

(Brasilische Quelle.) Die Nachrichten aus Rio de Janeiro reichen bis zum 24. Juni. General Petit war in Gago angegriffen worden; es waren dort erhebliche Verluste auf beiden Seiten vorgekommen. Die Paraguiten wären zurückgebrängt worden. — Die Nachrichten von Buenos Ayres reichen bis zum 12. Juni. In der Stadt Buenos Ayres hatte die Kandidatur des Hrn. Sarmiento die Majorität erlangt; man glaubte inessen, das Endresultat werde für General Urquiza günstig ausfallen.

Baden.

Heidelberg, 17. Juli. Der hiesige Vorkursverein er-mächtigte in einer jüngst abgehaltenen Versammlung seine Vertreter (die H. Jäger, Mittermaier und Schnorr) für die zu gründende Frankfurter Filiale der Berliner deutschen Genossenschaftsbank Aktien bis zu 1000 Thln. zu zeichnen, damit den süddeutschen Genossenschaftlern recht bald dieselben Vortheile zu gut kommen, welche die Genossenschaftsbank seit Jahren den norddeutschen Genossenschaften bietet. Ferner genehmigte die Versammlung den Antrag des Ausschusses, eine Veränderung der Satzungen dahin einzutreten zu lassen, daß künftig Vorkursgebäude bis zu 100 fl. nicht mehr vom ganzen Ausfluß, sondern von den drei Vorstandsmitgliedern allein erledigt werden können.

Konstanz, 17. Juli. Morgen wird im Conciliensaal die Versammlung der katholischen Schulgemeinde stattfinden, in welcher nach vorausgegangener Verhandlung die offene Abstimmung darüber stattfindet, ob die hiesigen Volksschulen künftighin nach den Bestimmungen getrennt oder gemischt sein sollen. Bürgermeister Stromeyer erläßt einen Aufruf an die Stimmberechtigten zu zahlreichem Erscheinen, worin es heißt: „Bei der großen Wichtigkeit dieser Frage tritt an jeden Freund der Schule und der Volkserziehung die Verpflichtung, dafür einzustehen, daß die Quellen des Wissens, welche Allen gemeinsam sind, auch Jedem gleichmäßig zufließen, daß fernerhin nicht schon in des Kindes Herz der Keim zu religiösem Zwiespalt gelegt, sondern daß vielmehr Alles aufgeben werde, ein friedliches Miteinanderleben der verschiedenen Bekenntnisse zu pflegen und schon durch Vereinigung in der Schule den werdenden Generationen zur Gewohnheit zu machen.“

Vermischte Nachrichten.

Mannheim, 17. Juli. (Mannh. Bl.) Aus der Erbgräfin Herzog-Friedrich-Stiftung haben nachstehende Kinder aus den Kreisen Mannheim, Heidelberg und Mosbach Sparpapiereinslagen mit je 10 fl. erhalten: Anna Maria Brütting von Mosheim. Maria Duenger von Bohlstadt. Adolf Hofmann von Steinbach. Wilhelmina Wildenberger von Eichelberg. Anna Gärtner von Schönau. Sigmund Dypenheimer von Mannheim. Luise Vogel von Lobbach. Paulina Kollmar von Bohlstadt. Christian Fischer von Eichel. Susanna Sophia Zuber von Baiersthal.

Mannheim, 18. Juli. (N. B. Bds.-Ztg.) Morgen werden in Darmstadt Abgeordnete von hier, Mainz, Wiesbaden und Darmstadt darüber Beschluß fassen, ob in diesem Jahr ein mittelhessisches Musikfest abgehalten werden soll.

München, 17. Juli. (Münch. Corr.) Als erstinstanzliche Obergerichte des Königreichs für Dissidenten sind die Bezirksamtsgerichte Ansbach und Bayreuth, als gemeinschaftliche zweite Instanz ist das oberbairische Appellgericht bestimmt.

Von Frankfurt schreibt man dem „Schw. Mer.“: Endlich ist das Projekt der Vogelsberger Wasserleitung wieder aufgenommen worden. In immer weiteren Kreisen bricht sich die Ueberzeugung Bahn, daß eine Wasserbeschickung nach der Weise der alten Römer, auf welche nach so vielen andern Versuchen auch die modernen Großstädte zurückgekommen sind, vor den andern Methoden, besonders der Gewinnung aus dem Fluß, die größten Vorzüge besitzt. Trotz des bedeutenden Anlagekapitals kommt sie schließlich am billigsten, da ihre Unterhaltung und ihr Betrieb fast nichts kosten. Gerade für Frankfurt liegen die geographischen Verhältnisse in dieser Beziehung günstig, da die in Aussicht genommenen Quellen von außerordentlichem Reichtum und seltener Reinheit des Wassers zwischen Birlein und Wächtersbach etwa 10 Stunden entfernt sind, während die beiden Londoner Projekte, das erste 80, das zweite 54 Stunden Leitung verlangt; die Sommer-Soube soll 38, die Bonne 34, die Dhuy's 29 Stunden weit nach Paris geleitet werden. Der Kaiserbrunnen ist von Wien 22, der Lago Bracciano von Rom 19 Stunden entfernt. Marzelle hebt sein Wasser auf 17, New-York sammelt es auf 13, Glasgow auf 12 Stunden Entfernung.

Frankfurt, 17. Juli. Der Kronprinz Humbert von Italien und die Prinzessin Margherita von Italien haben Absteigequartier im „Ruffischen Hof“ genommen, von dessen Balkon aus sie Abends öfters das Leben und Treiben auf der „Zeil“ betrachten, die Prinzessin nicht selten ihre Cigarette rauchend. Sie reisen unter dem Namen eines Marquis und einer Marquise v. Monza. — Dieser Tage waren hier mehrere österreichische Offiziere anwesend, welche hier früher in Garnison lagen und den Feierlichkeiten bei Entlassung des Dentmals in Wöhringen beigewohnt hatten. — Das Projekt, die Viebrücker Wintergärten anzukaufen, tritt seiner Verwirklichung näher. Gestern fand wegen dieser Angelegenheit eine Versammlung statt, in der gegen 50 Aktionäre und der berühmte Gartendirektor Heilmann aus Biebrich anwesend waren. Einmüthig sprach man sich in dieser Versammlung für die Nützlichkeit, ja Nothwendigkeit des Ankaufs der Gärten aus. — Am 16. d. M., als dem Tag, an welchem vor zwei Jahren die Preußen in unsere Stadt einzogen, wurden von anonymen Hand eine Anzahl Flugblätter vertheilt und in die Wohnungen geworfen, die in maßlosen Ausdrücken „zur Rache“ auffordern. Auch Plakate solchen Inhalts fand man ange-schlagen. Die Polizei entfernte dieselben zwar sofort, scheint aber mit

Recht weiter keinen Werth auf diese nutzlose Demonstration zu legen, die nur Erbitterung hervorzurufen kann. Auch in bürgerlichen Kreisen hörten wir nur Beurtheilungen dieser wahnwitzigen Nachwerke.

Karl Anton, Fürst zu Hohenzollern, hat von Düsseldorf aus einen Aufruf erlassen zur Stiftung eines Studienfonds für die Jubelfeier der Bonner Universität, 3. Aug. 1868. Den Zweck dieser Stiftung charakterisirt folgende Stelle des Aufrufs. „Ich darf hoffen, dem allgemeinen Sinne und Wunsche mit dem Vorschlage entgegenzukommen, durch freiwillige Beiträge die Ansammlung eines Kapitals bewerkstelligen zu wollen, aus dessen Zinsen solchen Studierenden der Universität Bonn, ohne Unterschied der Heimath, der Konfession und des Faches, die sich durch entschiedene Begabung auszeichnen — und unter diesen bei gleicher Qualifikation stets in erster Linie den Unbemittelten — Stipendien von 100 Thln. pro Semester nach Erkenntniß des Verwaltungsrathes der akademischen Benefizien durch vorgängiges Gutachten der Fakultäten ausbezahlt werden sollen.“ Der Aufruf des Fürsten hat bereits erfreulichen Anklang gefunden. Zunächst hat die Königin Augusta tausend Thaler dem edlen Zweck gewidmet, und schon sind mehrere bedeutende Gaben zu verzeichnen, z. B. Fürst zu Hohenzollern-Sigmaringen 1000 Thlr.; Geh. Rath Frhr. v. Diergardt, Biersen, 1000 Thlr.; Geh. Rath. F. Krupp, Essen, 1000 Thlr.; Frhr. v. Diergardt, Bonn, 500 Thlr.; Kommerzienrath C. Stamm, Reutenkirchen, 300 Thlr. u. s. w. Mit der Empfangnahme weiterer Zeichnungen ist Professor aus'm Weert in Kessenich bei Bonn beauftragt.

Fulda, 16. Juli. Nach einer Bekanntmachung des Königl. Landraths dahier werden wieder Darlehen aus der Landes-Kreditkassa vorerst bis zu 500 Thln. bewilligt.

Dresden, 16. Juli. Gestern verfiel der Medizinrath Dr. Karl Friedrich Trinks. Mit ihm verliert die homöopathische Schule ihre erste reformatorische Autorität.

Bei dem Bundeskanzler-Amt des Nordbundes ist kürzlich in einem Schreiben, unterzeichnet „ein Schwabe“, mit dem Poststempel Stuttgart, eine Summe von 100 Thln. als „Beitrag zu den Kosten des Norddeutschen Bundes“ eingegangen. Auf Beschluß des Bundesraths ist dieser Beitrag der Marine-Stiftung überwiesen worden.

In Trapezunt hat ein Irzer in wenigen Minuten 17 Menschen ermordet. Er rannte durch die Straßen, und wer ihm in den Weg kam, dem stieß er ein großes zweischneidiges Messer in den Leib. Endlich wurde er durch einen Steinwurf zu Boden gestreut und festgenommen.

Prag, 16. Juli. „Narodni Listy“, die gestern wieder konfiszirt wurden, sifiren freiwillig ihr Weitererscheinen, da die Kautionsstrafen den Zeitungseigenthümern unerschwinglich sind. Morgen erscheinen im Verlag Gregor's „Narodni Noviny“. Auch Strejshowsky beabsichtigt, falls die Kautionsstrafen eine gewisse Höhe erreichen sollten, die „Politik“ zu sifiren, jedoch ohne ein Ersatzblatt zu gründen.

Eine Kapuzinerpredigt. Man schreibt dem „Fr. Z.“: In Graz donnerte am letzten Sonntag ein brauner Kutienträger von der Kanzel: „Esel seid ihr, Dämon seid ihr, wenn ihr die neuen Gesetze befolgt. Was soll denn aus Oesterreich werden? Ein Viehflaak, ein Pieshlaak!“ Als die Staatsanwaltschaft das Strafgericht veran-lagte, den Kapuziner aufzusuchen, war er schon ultra montes; wie seine Klosterbrüder versicherten, war er, einem höheren Rufe folgend, mit Dampfschnelligkeit aus dem gottlosen Graz nach dem heiligen Rom geeilt.

Kopenhagen, 16. Juli. Der Geh. Regierungsrath Waagen, Direktor der Gemäldegallerie der Berliner Museen, ist gestern hier im russischen Gesandtschaftshotel gestorben.

Mannheim, 16. Juli. (Kurzbericht der Mannheimer BBrse.) Weizen, eff. hies. Gegend, 200 Jollypd. — fl. — G., 14 fl. — P., ungarischer 14 fl. bis 14 fl. 30 G., 14 fl. 15 P., auf Lieferung pr. Juni — fl. — G., — fl. — P. — Roggen, eff. 9 fl. 50 G., 10 fl. — P., auf Lieferung pr. Juni — fl. — G., — fl. — P. — Gerste, eff. hies. Gegend — fl. — G., 9 fl. 15 P., fränkische — fl. — G., — fl. — P., württembergische — fl. — G., — fl. — P., ungarische — fl. — G., — fl. — P. — Hafer, eff. 100 Jollypd. 5 fl. — G., 5 fl. 15 P. — Kernen, eff. 200 Jollypd. — fl. — G., 14 fl. 30 P. — Delfamen, deutscher Kohlraps — fl. — G., 16 fl. 15 P., ungarischer — fl. — G., — fl. — P. — Bohnen — fl. — G., 14 fl. 30 P. — Linsen — fl. — G., — fl. — P. — Erbsen — fl. — G., — fl. — P. — Wicken — fl. — G., 11 fl. — P. — Kleefamen, deutscher I. — fl. — G., — fl. — P. — Del: (mit Feß) 100 Jollypd. Leinöl, eff. Inland, in Partien — fl. — G., 21 fl. 45 P., saßweise — fl. — G., 22 fl. — P. — Rüßöl, eff. Inland, saßweise — fl. — G., 20 fl. — P., in Partien — fl. — G., 19 fl. 40 P. — Mehl 100 Jollypd.: Weizenmehl, Nr. 0 — fl. — G., 12 fl. 15 P., Nr. 1 — fl. — G., 11 fl. 15 P., Nr. 2 — fl. — G., 10 fl. 15 P., Nr. 3 — fl. — G., 8 fl. — P., Nr. 4 — fl. — G., 7 fl. — P., norddeutsches im Verhältnis billiger. — Roggenmehl, Nr. 0-1, Stettiner — fl. — G., — fl. — P. — Brauntwein, eff. (50% n. L.) transit (150 Litres) — fl. — G., 23 fl. — P. — Spirit, 90%, transit — fl. — G., — fl. — P. — Petroleum, in Partien verzollt, nach Qualität 13 fl. 15 G., 13 fl. 30 P. Weizen und Roggen ziemlich unverändert, Gerste stiller, Hafer behauptet, Leinöl unverändert; Rüßöl matt, Petroleum ebenfalls unverändert.

Frankfurt, 18. Juli, 2 Uhr 28 Min. Nachm. Deherr. Kreditaktien 224, Staatsbahn-Aktien 265 3/8, National —, Steuerfreie 53 1/2, 1860r Loose 78 3/8, Deherr. Valuta 103 3/4, 4proz. bad. Loose 100 3/8, Amerikaner 76 1/2, Gold 143 3/8, 114 3/8.

New-York, 17. Juli. Gold 143 3/8, Wechsel 110 1/8, 6proz. 1882r U. St. Bonds 114 3/8, Baumwolle 32, Petroleum 35 Cent.

Karlsruher Witterungsbeobachtungen.

17. Juli.	Barometer.	Thermometer.	Wind.	Himmel.	Witterung.
Morgens 7 Uhr	27° 10,86"	+15,0	S.O.	klar bew.	Gewitt. mit Regen
Mittags 2 "	" 10,53"	+19,0	S.O.	" "	trüb, Regentropfen
Nachts 9 "	" 10,82"	+17,0	S.W.	" "	sternhell, mild

Verantwortlicher Redakteur:
Dr. J. Herm. Kroenlein.

